

## Protokollauszug Ratsversammlung am 20.3.2013

### 14.4. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Beteiligung von SchülerInnen, Eltern und Lehrenden im Schulbau (V/F 807)

**Bürgermeister Prof. Dr. Fabian** antwortet, Grundlage für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Schulbaumaßnahmen sei die Dienstanweisung 37 aus dem Jahr 2001. Auf dieser Grundlage sei bereits eine Reihe von Beteiligungsprojekten in Leipzig umgesetzt worden. Dazu gehöre die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an der Gestaltung der Freiflächen an der Schule Am Auwald, der Ringelnatzschule, der Schule Holzhausen und der Erich-Zeigner-Schule. Um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlicher zu gestalten und besser zu koordinieren, sei im zweiten Halbjahr 2012 durch das Amt für Jugend, Familie und Bildung eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Dort würden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtgrün und Gewässer, dem Amt für Gebäudemanagement, dem Kinderbüro Leipzig und dem Stadtschülerrat Standards und Verfahren für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Bauvorhaben entwickelt. Das Amt für Jugend, Familie und Bildung habe gemeinsam mit dem Amt für Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung, dem Stadtplanungsamt und der Sächsischen Bildungsagentur im Februar 2013 Unterlagen für den Wettbewerb „Schulen planen und bauen“ der Montag-Stiftungen eingereicht. Die Preisträger des Wettbewerbs erhielten eine intensive Begleitung bei der Entwicklung eines pädagogisch-innovativen integrierten Schul- und Raumprogramms und bei der Beteiligung von Schülern, Eltern und Lehrern. Aus Leipzig sei dafür das Vorhaben „Reaktivierung der Schule am Opferweg“ vorgeschlagen worden. Eine entsprechende Vorlage stehe heute auf der Tagesordnung.

Für den Neubau der Sportmittelschule sei am 28. Januar 2013 ein Workshop zum Raumprogramm durchgeführt worden. Er habe unter Mitwirkung der Schulleitung, von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Vertretern des Stadtschüler- und des Stadelternrates, des Amtes für Jugend, Familie und Bildung sowie des Amtes für Gebäudemanagement stattgefunden. Im Ergebnis des Workshops sei das Musterraumprogramm angepasst worden mit dem Ziel, innovative Unterrichtsformen zu ermöglichen und die besonderen Anforderungen der Sportmittelschule zu berücksichtigen. Das Ergebnis des Beteiligungsprozesses bilde die Grundlage für die Aufgabenstellung des durchzuführenden Architektenwettbewerbs. Bei der Planung für die Käthe-Kollwitz-Schule werde die Schulleitung an den Planungsrunden beteiligt. Zur Konkretisierung der nutzerspezifischen Anforderungen seien die beiden jetzt genutzten Schulgebäude an den Standorten Friedrich-Dittes-Straße und Uhlandstraße mit der Schulleitung, verschiedenen Lehrkräften und allen Planungsbeteiligten begangen worden. Es sei vorgesehen, Schulleitung, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer aktiv am Fachkonzept der Schule zu beteiligen.

Das Evangelische Schulzentrum befinde sich nicht in Trägerschaft der Stadt Leipzig.

Ein Beteiligungskonzept zum Gymnasium im Leipziger Osten werde entwickelt, sobald feststehe, wo dieses Gymnasium eingerichtet wird.

**Stadträtin Krefft (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** weist darauf hin, dass Bürgermeister Prof. Dr. Fabian im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Gymnasium in der Gorkistraße erklärt habe, dass es für das Gymnasium in Leipziger Osten einen Beteiligungsprozess geben solle. Daher habe sie eine detailliertere Antwort auf die von ihrer Fraktion gestellte Frage erwartet und fragt, ob der Bürgermeister nochmals auf dieses Problem eingehen könne.

Weiter möchte Stadträtin Krefft wissen, inwieweit Architekturbüros und Bauleitungen gebeten würden, sich mit den späteren Nutzern zusammzusetzen. Sie selbst habe diesbezüglich unschöne Erlebnisse gehabt und bekomme dies auch von Eltern mitgeteilt. Sie interessiere,

ob man die Durchführung entsprechender Gespräche in Ausschreibungen aufnehmen könne und welche anderen Instrumente da denkbar wären.

**Bürgermeister Prof. Dr. Fabian** äußert, es habe einen intensiven Beteiligungsprozess im Zusammenhang mit der Frage gegeben, ob ein Gymnasium im Leipziger Osten eingerichtet werden soll. Der Stadtrat beschließe heute auch eine Vorlage zu dem stadtteilspezifischen Entwicklungskonzept. Eine Beschäftigung mit der Frage, wie eine Schule konkret aussehen soll, sei erst dann sinnvoll, wenn man wirklich wisse, wo und mit welchem Zeithorizont ein solches Gymnasium eingerichtet werden könne.

Zur zweiten Frage sei zu sagen, dass in der Tat in den vergangenen Jahren Eltern bei verschiedenen Schulbaumaßnahmen den Wunsch vorgetragen hätten, stärker einbezogen zu werden. Dies sei dann auch geschehen. Das betreffe insbesondere solche Themen wie Farbkonzepte. Es sei gelungen, zumindest unmittelbar vor der Umsetzung eine entsprechende Beteiligung zu ermöglichen. Inzwischen gebe es einen längeren Planungshorizont hinsichtlich des Neubaus von Schulen. Im Falle der Sportmittelschule sei die Verwaltung sehr intensiv dabei, eine entsprechende Beteiligung zu organisieren. Das Gleiche gelte für die Schule Am Opferweg. Allerdings seien unterschiedliche Sichtweisen nicht auszuschließen, und nicht alle Wünsche könnten erfüllt werden. Trotzdem glaube er, Fabian, sagen zu dürfen, dass man bei den jetzt in Gang gesetzten Schulbaumaßnahmen doch einen deutlichen Schritt bei der Intensivierung der Beteiligung von Schule und Elternschaft vorangekommen sei.

Der Bürgermeister betont, man habe über viele Jahre hinweg zum Beispiel bei der Gestaltung von Freiflächen insbesondere bei Grundschulen intensive Beteiligungen von Schülerinnen und Schülern gehabt. So seien die Freiflächen und die Spielgeräte auf den Schulhöfen der Erich-Zeigner-Schule, der Ringelnatzschule und der 21. Schule auf der Grundlage von Entwürfen von Kindern durch Landschaftsarchitekten gestaltet worden. Dies sei von einer Mitarbeiterin des Schulverwaltungsamtes begleitet worden. Vor vielen Jahren habe es ein Programm der Bertelsmann-Stiftung gegeben, in dessen Rahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung speziell ausgebildet worden seien, um solche Beteiligungsverfahren begleiten zu können. Allerdings müsse er, Fabian, eingestehen, dass die Verwaltung bei so intensiven Prozessen auch manchmal an die Grenzen ihrer personellen Ressourcen gerate.

Der Bürgermeister betont, dass die Verwaltung selbst viel Wert auf die Beteiligungsverfahren lege, weil sie davon ausgehe, dass die Expertise zukünftiger Nutzer helfe, die Bauten auch sinnvoll zu gestalten. Man wisse auch, dass gerade bei der Freiflächengestaltung diejenigen, die das mitgestaltet haben, achtsamer damit umgehen.